

Bedingungsloses Grundeinkommen – ein Ausweg aus der Krise der sozialen Marktwirtschaft?

Von Dr. Achim Schröder, Frankfurt



Ob das bedingungslose Grundeinkommen vor schlecht bezahlter Arbeit schützt, eine freie Berufs- und Lebensgestaltung ermöglicht und Kreativität freisetzt, ist umstritten. Kritiker befürchten einen Abbau von Sozialstaat und Arbeitsschutz sowie Steuererhöhungen – was Geringverdiener und Bedürftige belasten würde.

Themen

Befürworter	ME 3	ME 5		
Digitalisierung	1	M 2		
Finanzierung	1	M 1	2	M 3
Finnisches Grundeinkommen	2	M 4		
Gegner	ME 4	ME 6		
Hartz-Reformen	1	M 2		
Konfliktanalyse	ME 1			
Lohnentwicklung	1	M 2		
Niedriglohnssektor	1	M 2		
Politisches Urteil	2	M 1	M 2	
Soziale Marktwirtschaft	1	M 2		
Sozialversicherungen	1	M 1		
Stufenmodell der politischen Urteilsbildung	2	M 2		

© iStock/Getty Images Plus/mautzone

Aufbau der Unterrichtseinheit

MODUL	h	KOMPETENZEN	MATERIALIEN
1 „Vater Staat zahlt“ – wozu ein Grundeinkommen? Vorausurteil: 1.000 Euro im Monat für alle?	4	Die Schülerinnen und Schüler können <ul style="list-style-type: none"> aktuelle Probleme und Herausforderungen der sozialen Marktwirtschaft erläutern, das Modell des Grundeinkommens erklären und darstellen, das bedingungslose Grundeinkommen auf seine Problemlösungsfähigkeit hin analysieren. 	M 0 – M 2
METHODE			
Konfliktanalyse: Worüber streiten sich die Akteure?	4	Die Schülerinnen und Schüler können <ul style="list-style-type: none"> die widerstreitenden Positionen politischer Akteure vertreten, die Stichhaltigkeit der vorgebrachten Argumente beurteilen, die politischen Ziele, Interessen und Werte verschiedener Akteure aus einem Streitgespräch ableiten, Konfliktlinien erkennen. 	ME 1 – ME 6
2 Stufe um Stufe zum politischen Urteil	4	Die Schülerinnen und Schüler können <ul style="list-style-type: none"> die Qualität eines politischen Urteils mithilfe des Stufenmodells der politischen Urteilsbildung analysieren, selbst ein fundiertes politisches Urteil formulieren, das Thema selbständig inhaltlich oder handlungsorientiert vertiefen. 	M 1 – M 4

Die Dauer ist in Unterrichtsstunden à 45 Minuten angegeben. Die Angaben sind Richtwerte.

„Vater Staat zahlt“ – wozu ein Grundeinkommen?

Fachliche Hinweise

Die Forderung nach Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) reagiert auf die aktuelle Krise und die zukünftigen Herausforderungen der sozialen Marktwirtschaft. Durchschnittlich 14 Prozent der Arbeitsplätze in der industrialisierten Welt könnten, so eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) (Dauth, Wolfgang et al. 2017: German Robots – the Impact of Industrial Robots on Workers), in Zukunft durch die Digitalisierung automatisiert werden und gerade im einfachen Niedriglohnsektor wegfallen. Schon heute leiden mehr und mehr Menschen, die einfache Tätigkeiten in einem wachsenden Niedriglohnsektor ausüben, unter dem Phänomen „Arm trotz Arbeit“. Sie profitieren nicht mehr vom Wirtschaftswachstum und bekommen die Folgen einer stagnierenden oder gar rückläufigen Reallohnentwicklung zu spüren. Hinzu kommt, dass mehr als zwei Drittel aller Arbeitslosen bereits nach zwölf Monaten Arbeitslosigkeit nur noch eine pauschale Grundsicherungsleistung bezieht. Selbst dies ist ihnen erst dann möglich, wenn sie ihr privates Vermögen bis auf einen kleinen Rest aufgebraucht haben. So geben viele Arbeitssuchende dem steigenden Druck nach, eine schlechter bezahlte Arbeit anzunehmen, um ihr Privatvermögen zu wahren. Ein Grundeinkommen könnte die Betroffenen davor schützen, schlecht bezahlte und unwürdige Arbeit anzunehmen, und ihnen ermöglichen, ihr Lebens- und Arbeitszeit in freier und kreativer Eigenregie zu gestalten, so die Befürworter. Seine Gegner befürchten jedoch, dass der Sozialstaat unfinanzierbar wird und die Arbeitsmoral der Gesellschaft Schaden nimmt.

Didaktisch-methodische Überlegungen

Modul 1 steigt schülerzentriert in die Thematik des bedingungslosen Grundeinkommens ein, indem die Schülerinnen und Schüler* zunächst ein spontanes Urteil zu diesem abgeben und Fragen zur Funktionsweise des Grundeinkommens gesammelt werden. Ziel ist es, diese Fragen während der Bearbeitung von Modul 1, Modul 2 und der Methode schrittweise zu beantworten. Dies stellt sicher, dass die Schüler hoch lernwirksam in den Zonen ihrer nächsten Entwicklung lernen können. Der Schwerpunkt von Modul 1 liegt dabei auf der Analyse der Probleme des Sozialstaats, auf die das Grundeinkommen eine mögliche Antwort geben kann.

Modul 1: „Vater Staat zahlt“ – wozu ein Grundeinkommen?

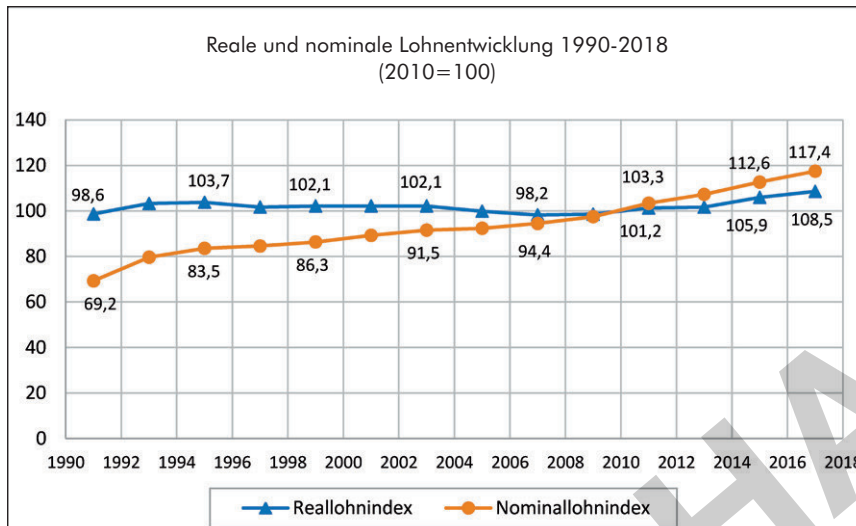
Lernziel: Die Schüler können das Modell des bedingungslosen Grundeinkommens erklären, darstellen und auf seine Problemlösungsfähigkeit hin analysieren.

Methoden: Vorausurteil (M 0), Erstellen eines Schaubilds (M 1), Internetrecherche (M 2), Analyse von Statistiken (M 2)

MODULPHASE	ABLAUF	MEDIEN
Vorausurteil/ Einstieg	Die Schüler sehen zwei Erklärvideos an und geben auf dieser Grundlage ein spontanes Urteil ab. Sie sammeln Vor- und Nachteile sowie Fragen zum Grundeinkommen, auf die sie erste Antworten suchen.	M 0 Kopien im Klassen- satz, Beamer/ Internet
Erarbeitung I/ Sicherung I	Nachdem die Lernenden ihr Vorwissen zu den Aufgaben des Staates in einer sozialen Marktwirtschaft aktiviert haben, arbeiten sie die Funktionsweise des Grundeinkommens aus einem Informationstext heraus und veranschaulichen diese.	M 1 Kopien im Klassen- satz, ggf. Computer
Erarbeitung II/ Sicherung II	Die Jugendlichen analysieren tabellarisch die Entwicklung des Sozialsystems sowie die aktuellen Probleme der sozialen Marktwirtschaft. Sie untersuchen das Modell des Grundeinkommens auf seine Lösungsfähigkeit für diese Probleme hin.	M 2 Kopien im Klassen- satz, Beamer

Wozu ein Grundeinkommen? – Eine Bestandsaufnahme der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland

Die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens müsste mit einem Gesetz beschlossen werden. Gesetzesvorschläge reagieren auf gesellschaftliche Probleme, die gelöst werden sollen. Wer die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen beurteilen möchte, muss zunächst einmal das Problem verstehen.



Quelle (Daten): Destatis: Entwicklung der Reallöhne, der Nominallohne und der Verbraucherpreise;
<http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61766/lohnentwicklung>

Das Wirtschaftswachstum kommt seit Langem nicht mehr bei allen in unserer Gesellschaft an. Wer ein niedriges Einkommen hat, profitiert heutzutage kaum noch vom Wirtschaftswachstum. Dies führt dazu, dass die Einkommensschere immer größer wird und sich viele Menschen mit niedrigen Löhnen immer weniger leisten können.

Ein Grund für die über lange Zeit stagnierende¹ Reallohnentwicklung sind die Hartz-Reformen im Rah-

men der sogenannten Agenda 2010. Ende der 90er-Jahre war die Arbeitslosigkeit von 7,3 Prozent (1991) auf 12,3 Prozent (1998) angewachsen. (Zum Vergleich: Im Jahr 2018 beträgt sie nur noch 3,5 Prozent.) Im deutschen Sozialsystem musste deshalb immer mehr Geld für Sozialleistungen – insbesondere für Arbeitslosengeld und Sozialhilfe – ausgegeben werden und die Lohnnebenkosten stiegen infolgedessen immer weiter an. Viele Arbeitnehmer hatten in der Konsequenz geringere Nettoeinkommen. Gleichzeitig wurden für die Arbeitgeber die Arbeitskräfte immer teurer. In dieser Situation, in der Deutschland als „kranker Mann Europas“ galt, führte die rot-grüne Bundesregierung die Hartz-Reformen durch: Die Arbeitslosenhilfe wurde ersatzlos gestrichen und die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld von 32 Monaten auf in der Regel nur noch 12 Monate (ALG I) gekürzt. An die Stelle der Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe für Erwerbsfähige trat nun eine Grundsicherung (ALG II), deren Leistungshöhe nur noch der früheren Sozialhilfe entsprach.

Der monatliche Regelsatz dieser Grundsicherung liegt für Alleinstehende aktuell bei 416 Euro (Stand: 2018). Dazu können je nach Bedarf in Ausnahmefällen Zuschüsse wie z. B. Wohngeld, Klei-

dergeld, finanzielle Unterstützung für Klassenfahrten der Kinder oder Geld für Möbel und Haushaltsgeräte beantragt werden. Wer mit anderen in einer Lebensgemeinschaft wohnt, erhält weniger Geld als Alleinlebende. Die Wohnsituation und der Familienstand von Hartz-IV-Bezie-

Info

Die Aufgaben des Staates in der sozialen Marktwirtschaft

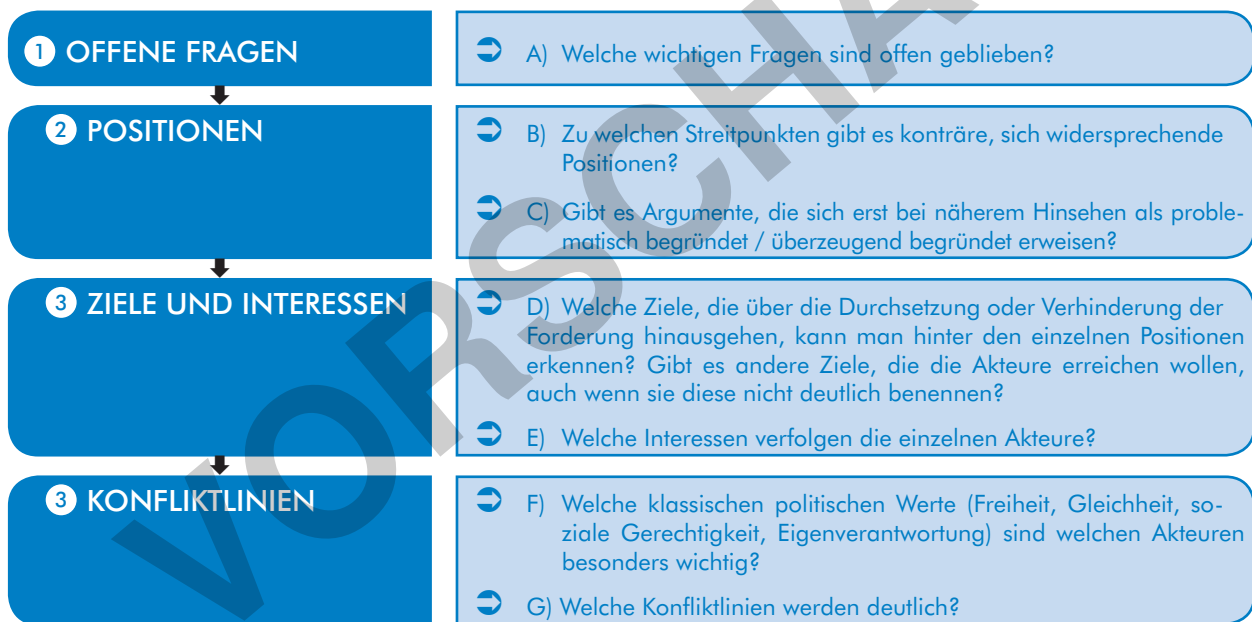
Als Ludwig Erhard in seiner Funktion als Wirtschaftsminister nach dem Zweiten Weltkrieg die soziale Marktwirtschaft als Prinzip staatlichen Handelns einführte, setzte er dem Staat grundlegende Ziele. Ein möglichst freier kapitalistischer Wettbewerb in der Wirtschaft sollte Wohlstand schaffen. Gleichzeitig sollten sozialstaatliche Maßnahmen wie Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe und Einkommensumverteilung all jene schützen, die im freien Wettbewerb benachteiligt werden. Staatliche Eingriffe sollten Bürger dementsprechend vor den Verwerfungen von Wirtschaftskrisen und den Auswirkungen großer sozialer Ungleichheit schützen. Diese „Abfederung“ der freien Marktwirtschaft zielte auf den Erhalt der demokratischen Ordnung und politischen Stabilität durch relative soziale Sicherheit ab.

ME1 Konfliktanalyse: Worüber streiten sich die Akteure?



Politische Forderungen lösen politische Konflikte aus. Um eine Forderung rational beurteilen zu können, ist es wichtig, den dahinterstehenden Konflikt zu kennen und zu verstehen, indem die folgende Frage beantwortet wird: Welche Akteure streiten sich mit welchen Argumenten, Werten, Zielen und Interessen? Wenn ihr den Konflikt in einem Rollenspiel nachspielt, könnt ihr zudem erproben, wie überzeugend die einzelnen Argumente in einem Streitgespräch wirken.

Anleitung: Wie gehe ich bei der Konfliktanalyse vor?



Hinweis: Konfliktlinien sind „Argumentationslinien“, an denen sich wichtige Argumente oder Werte direkt gegenüberstehen. Es gibt typische Konfliktlinien entlang der traditionellen politischen Lager „Links“ und „Rechts“: z. B. die Konfliktlinie Gleichheit / Freiheit, Arbeitnehmerinteresse / Arbeitgeberinteresse, soziale Umverteilung / Schutz des privaten Eigentums. Davon zu unterscheiden sind moderne Konfliktlinien wie z. B. Naturschutz / Wirtschaftswachstum.

1. Bildet fünf Gruppen und teilt die Materialien ME 2 bis ME 6 untereinander auf.

ME 3–ME 6: Arbeitet die Positionen eures Akteurs aus dem Positionspapier heraus und fasst sie in eigenen Worten zusammen. Wählt ein Gruppenmitglied, das die Rolle spielt.

ME 2: Lest alle vier Positionspapiere ME 3 bis ME 6. Erstellt einen Fragenkatalog, mit dessen Hilfe eines eurer Gruppenmitglieder das Streitgespräch entfachen und moderieren kann.

2. Führt das Rollenspiel durch: In einer vom „Netzwerk Grundeinkommen“ organisierten Podiumsdiskussion vor interessierten Bürgern vertrittet ihr eure Positionen und diskutiert.

3. Nicht-Rollenspieler: Beobachtet, dokumentiert und analysiert den Verlauf des Streitgesprächs mithilfe der obigen Anleitung.

Stufe um Stufe zum politischen Urteil

Fachliche Hinweise

Wie können wir beurteilen, welche Position zur Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens politisch rationaler ist? Bei der Beurteilung dieser Forderung geht es vornehmlich um die Frage, wie die Zukunft der sozialen Marktwirtschaft gestaltet werden soll. Ob die soziale Marktwirtschaft, die Deutschland seit den 1940er-Jahren geprägt hat, in erster Linie von den Hartz-Reformen, dem wachsenden Niedriglohnsektor, der stagnierenden Reallohnentwicklung oder der Digitalisierung bedroht wird, bleibt unter Experten umstritten. Unstrittig ist jedoch, dass alle sozialpolitischen Reformvorschläge – und damit auch der Vorschlag zur Einführung eines Grundeinkommens – die Frage beantworten müssen, ob mit ihnen die soziale Sicherheit und der soziale Ausgleich zwischen Arm und Reich besser gelingt oder ob negative Auswirkungen zu erwarten sind. Bei der Beurteilung des bedingungslosen Grundeinkommens sind deshalb eine Reihe wichtiger Fragen zu beantworten:

- Ermöglicht das bedingungslose Grundeinkommen ein einfaches, aber gutes Leben ohne Armut oder bleiben die Betroffenen weiterhin arm, weil sie sich private Zusatzversicherungen und Steuererhöhungen nicht leisten können?
- Können wir dann alle frei entscheiden, was wir arbeiten wollen, oder gehen zunehmend Arbeitsplätze verloren, weil die Politik das Ziel aufgeben würde, im Rahmen einer sozialen Marktwirtschaft für alle existenzsichernde Arbeitsplätze zu schaffen?
- Wird die Auszahlung des bedingungslosen Grundeinkommens an alle nach dem Gießkannenprinzip als gerecht oder als ungerecht empfunden?

Didaktisch-methodische Überlegungen

Nachdem die Schülerinnen und Schüler* mithilfe der Methode Konfliktanalyse den politischen Streit um die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens in Deutschland ausführlich untersucht haben, formulieren sie nun selbst ein Urteil hierzu. Als didaktische Hilfestellung dient das Stufenmodell der politischen Urteilsbildung. Der zweite, binnendifferenzierte Teil des Moduls bietet den Schülern die Möglichkeit, das Thema je nach Neigung inhaltlich-analytisch oder handlungsorientiert zu vertiefen.

Modul 2: Stufe um Stufe zum politischen Urteil

Lernziel: Die Schüler bilden mithilfe des Stufenmodells der politischen Urteilsbildung ein eigenes politisches Urteil zur Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens heraus.

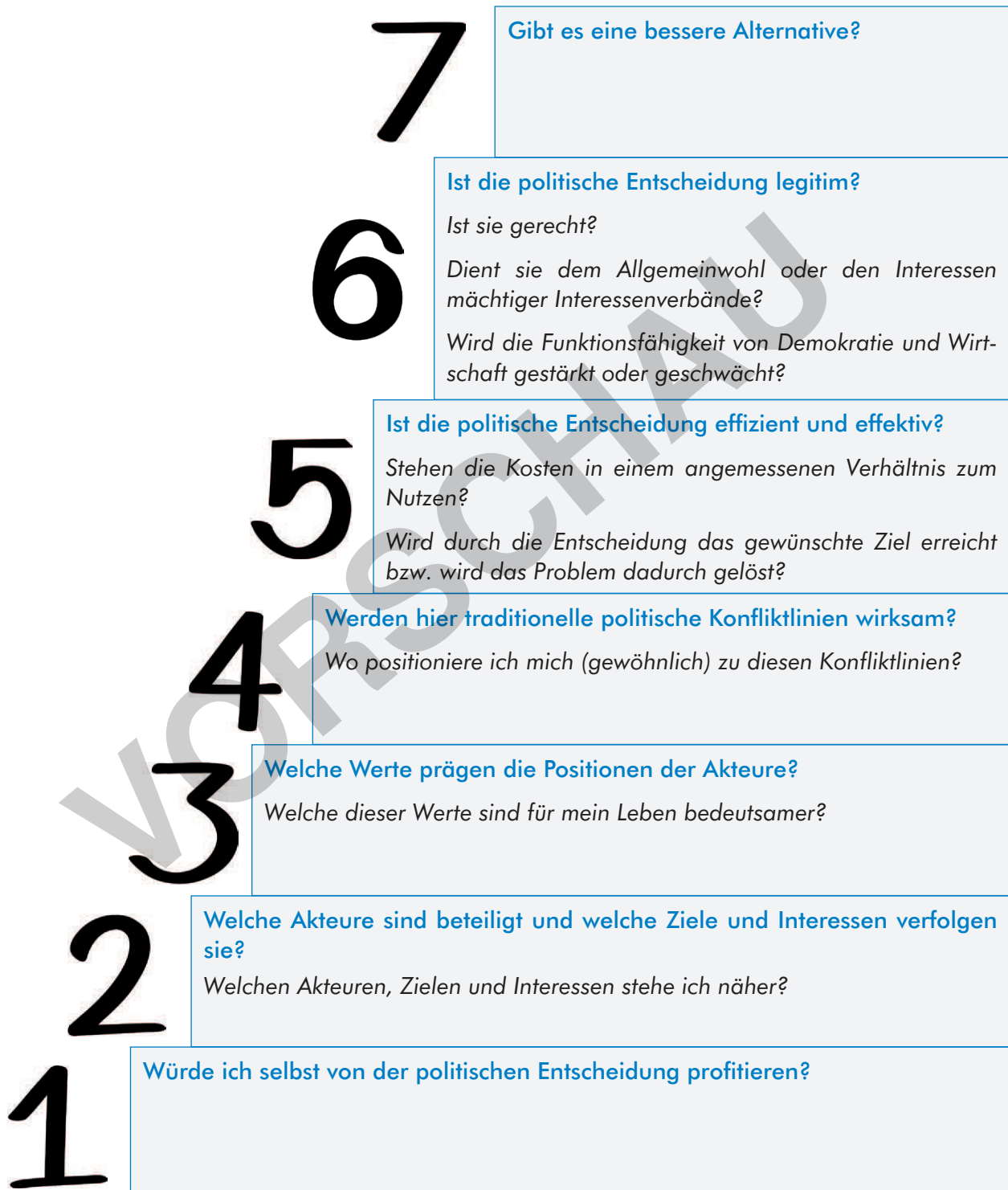
MODULPHASE	ABLAUF	MEDIEN
Einstieg/ Erarbeitung I	Die Schüler analysieren ein politisches Urteil zum bedingungslosen Grundeinkommen und erarbeiten auf dieser Grundlage Kriterien für gut fundierte Urteile. Mithilfe des „Stufenmodells der politischen Urteilsbildung“ formulieren sie selbst ein ausführliches politisches Urteil zum Grundeinkommen.	M 1 M 2 Kopien im Klassensatz, Beamer/OHP
Erarbeitung II	Als Abschluss der Unterrichtseinheit können die Lernenden eine oder mehrere aus sechs Zusatzaufgaben wählen. Diese dienen der Binnendifferenzierung.	M 1 Plakate, Briefpapier
Erarbeitung II (Wahlaufgabe)	Die Jugendlichen können als Wahlaufgabe unterschiedliche Positionen zur Frage der Finanzierung eines bedingungslosen Grundeinkommens vergleichen.	M 3 Kopien im Klassensatz
Erarbeitung II (Wahlaufgabe)	Als weitere Wahlaufgabe können die Schüler die Erfahrungen in Finnland mit dem bedingungslosen Grundeinkommen daraufhin analysieren, ob sie für oder gegen die Einführung eines Grundeinkommens sprechen.	M 4 Kopien, PC/Internet

* Zur besseren Lesbarkeit wird nachfolgend „Schüler“ verwendet, wenn „Schülerinnen und Schüler“ gemeint sind.

Das Stufenmodell der politischen Urteilsbildung

M 2

Beobachtet man politische Konflikte, hat man häufig den Eindruck, dass alle Akteure sorgfältig und gut begründete Argumente zu haben scheinen. Deshalb fällt es uns oft schwer, eine Entscheidung für oder gegen eine Position zu treffen. Das Stufenmodell der politischen Urteilsbildung kann bei der Suche nach einem rationalen politischen Urteil hilfreich sein. Je weiter man auf den Stufen voranschreitet, desto rationaler begründet ist ein politisches Urteil.



Modell (Autor) in Anlehnung an Breit, Gotthard/Frech, Siegfried (2010): Politik durchschauen. Wie man sich erfolgreich Durchblick verschafft. 2. Aufl. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag. S. 26-36.

Synthese (Zehle) - © Clourbox

Lösungen | M 1 & M 2

Zu 1

Stufe 1: Das politische Urteil des jungen Mannes nutzt die Kategorie „individuelles Interesse“. Im Zentrum steht das persönliche Interesse, Zeit für die eigene weitere Lebensplanung zu gewinnen. Es fehlen weitere Kategorien der politischen Urteilsbildung, um das persönliche Urteil zu einem rationalen Urteil zu machen.

Stufe 2: Ein Akteur im Streit um das BGE wird benannt, Götz Werner. Es wäre sinnvoll, weitere Akteure zu benennen. Ziele und Interessen von Götz Werner werden nicht richtig unterschieden und einseitig dargestellt. Das Interesse als Unternehmer an niedrigen Lohnnebenkosten und an der Lockerung des Kündigungsschutzes wird beispielsweise nicht erwähnt. Es ist allerdings wichtig, alle Interessen und Ziele zu kennen, um einzuschätzen, welchen man nähersteht.

Stufe 3: Ein Wert wird genannt: der Wert der Freiheit. Es fehlt jedoch der Hinweis auf die Werte, die das Gegenlager höher schätzt. Dieser kann aber wichtig sein, um abzuwägen, welche Werte für einen selbst wichtig sind.

Stufe 4: Politische Konfliktlinien werden nicht beleuchtet. Zur eigenen Orientierung kann es hilfreich sein, zu wissen, ob eine Position eher dem traditionellen linken oder dem bürgerlichen Lager nahesteht.

Stufe 5: Es wird nicht geklärt, ob die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens effektiv wäre, d. h. ob es die Ziele erreicht, die es verfolgt. Es müsste gefragt werden, ob damit Armut bekämpft oder eingedämmt wird, ob man seine Arbeit wirklich frei wählen kann, ob schlechtbezahlte Arbeit wirklich abgelehnt werden kann usw. Auch wird nicht thematisiert, ob das Grundeinkommen effizient wäre, d. h. ob Kosten und Nutzen in einem sinnvollen Verhältnis zueinander stehen.

Stufe 6: Das Urteil begründet die Legitimität des Grundeinkommens damit, dass es das Allgemeinwohl „der Bürger“ dadurch fördere, dass sie „unsinnige Arbeit“ ablehnen könnten. Allerdings ist unklar, ob das Grundeinkommen diese Wahlfreiheit tatsächlich erzielen kann. Zudem bleibt unerwähnt, welche Konsequenzen ein Grundeinkommen auf die Einkommens- und Vermögensverteilung oder den Schutz vor Armut hätte. Die Themen Gerechtigkeit und Zumutbarkeit werden also ausgeklammert.

Stufe 7: Der junge Mann schließt in seinem Urteil Alternativen zum Grundeinkommen kategorisch aus, ohne überhaupt Alternativen, wie z. B. eine soziale Mindestsicherung oder eine solidarische Bürgerversicherung, anzusprechen und sie mit dem Grundeinkommen zu vergleichen.

Zu 2

Erwartungshorizont für eine schülerindividuelle Lösung:

Stufe 1: Die meisten Jugendlichen werden die Urteilsfrage bejahen, da aus ihrer Perspektive 1.000 Euro ein hohes Einkommen ist. Hier ist darauf hinzuweisen, dass sie den meisten Modellen zufolge persönlich als Jugendliche noch nicht den vollen Satz erhalten würden, sondern nur etwa 500 Euro. Zudem kann die Berechnung der durchschnittlichen Lebenshaltungskosten eines Single-Haushalts helfen, die Höhe des Betrags richtig einzuschätzen.

Stufe 2: Das Hamburgische Weltwirtschaftsinstitut verfolgt ein ähnliches Ziel wie der Unternehmer Werner: Durch das Grundeinkommen sollen sich die Menschen freier auf dem Arbeitsmarkt bewegen können. Werner verfolgt dabei deutlich erkennbar auch das Eigeninteresse eines Unternehmers an frei verfügbaren, motivierten Arbeitskräften, niedrigen Sozialabgaben und einem schwachen Kündigungsschutz. Die Gewerkschaften und Butterwegge verfolgen das Ziel einer Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums durch Steuern auf hohe Einkommen und Vermögen sowie durch starke Tarifverträge. Sie vertreten das Interesse all jener, die gute Arbeitsplätze haben und diese nicht aufgeben wollen. Der DGB verfolgt zudem auch das Ei-